



Fight Back!

Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig



Alle werden fallen!

Zur Hölle mit den Kreuzrittern!

■ Eine Ausgabe der Fight Back! und viel Zeit sind ins Land gegangen seit den Anschlägen des 11. September 2001. Die Palette der von den imperialistischen Staaten der G7 hernach gestarteten bzw. intensivierten Aktionen und Kampagnen, sowohl im jeweiligen "Inland" als auch in aller Welt, ist nahezu unüberschaubar. Die großspurigen Worte a la Bush und die offene militärische Bedrohung großer Regionen der Welt haben allenthalben bestehende Konflikte angeschürt, sowohl im Nahen und Mittleren Osten, als auch im Pazifischen Raum, in Lateinamerika etc.

Während es den meisten Bewohnern der herrschenden Staaten der Welt traditionell komplett am Arsch vorbeigeht, was außerhalb "ihrer" Landesgrenzen vor sich geht – solange es eben nicht mal im eigenen Hause knallt, etwas vom imperialistischen Krieg zurückschwappt – verwundert ein wenig die Zurückhaltung derjenigen, die sich ansonsten gegen die herrschenden Verhältnisse äußern und einsetzen. In diesem Artikel soll anhand einiger zentraler Behauptungen der bürgerlichen Kriegspresse

Ideologiekritik geübt und etwas von dem geistigen Schuttbeiseite geräumt werden, mit dem der Kreuzzug der imperialistischen Staaten verdeckt wurde und wird.

“Ground Zero – Mit dem Anschlag fing alles an.”

Es ist die Mär vom Rückschlag, von der Re-Aktion, vom Krieg gegen den Terror, der nun begonnen haben soll. Der Frage: "Warum greift jemand die USA an?", kommen Bush und Co. zuvor mit der einfachen Behauptung, es seien "feige, böse und verrückte" Leute, es gäbe also bis auf deren psychologische Desorientierung keine Gründe für dieses Attentat. Diesen "kranken Gehirnen" passt "unsere freie Welt" nicht, darum setzen sie sich ins Flugzeug und fliegen mal irgendwo rein. Erstaunlich nur, dass solche geistigen Ergüsse nicht auf Widerspruch treffen.

Ausgeblendet wird, dass sich die Länder, aus denen sich die Attentäter rekrutierten, und die USA nicht unabhängig voneinander entwickelt haben. Abgesehen davon, dass es in der Welt des globalen Kapitalismus keine un-



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

abhängige Entwicklung gibt, sind die USA seit langem treibende Kraft bei der Zurichtung der gesamten Region rund um Afghanistan auf die Machtinteressen der USA. Die Taliban – das ist kein Geheimnis – sind doch ehemalige Verbündete der USA, von ihnen trainiert und ausgerüstet, ebenso wie Bin Ladens El Quaida. Warum haben



die USA früher mit “feigen, bösen und verrückten” Leuten zusammengearbeitet, die eigentlich die “freie Welt” hasen und zu vernichten suchen?

Die ehemaligen Ziehkinder der USA begründen ihr Vorgehen spiegelbildlich damit, dass die USA die Absicht habe, den Islam zu vernichten. Ihr tatsächliches Interesse ist, ohne die Bevormundung der USA die Belange im eigenen Land regeln zu können, also so etwas wie nationalstaatliche Souveränität zu besitzen.

Mit anderen Worten: seit langem schon mischen die USA die Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten auf. Sie bedienen sich örtlicher Organisatio-

nen und Einzelpersonen, von denen sie annehmen, dass sie willfähige Helfer und ihnen beim Erreichen ihrer Zielen nützlich seien, und rüsten sie dafür aus. “Freiheitskämpfer” und “Gotteskrieger” nannte die bürgerliche Presse die Taliban, solange sie den USA gehorchten, “Terroristen” und “Verrückte” wurden sie dadurch, dass sie den Interessen der USA nicht mehr dienten. Wenn dann noch die Durchgeknallten auf beiden Seiten sich der kriegerischen Mittel bedienen, die ihnen zur Verfügung stehen - Selbstmordattentate auf der einen, Flächenbombardierung aus großer Höhe auf der anderen Seite - ist die Eskalation perfekt. Aber eben “nur” die Eskalation einer Auseinandersetzung, die schon um einiges älter ist.

“Die Attentäter haben aus religiöser Verblendung diese irrationalen Taten begangen.”

Das “Böse”, mit dem seitens der imperialistischen Staaten die Attentäter und ihre Hinterleute gleichgesetzt werden, soll ihnen zufolge ohne erkennbare “rationale” Motive handeln. Schlicht Feindschaft gegen die “zivilisierte Welt” treibt diese Leute an, sie neiden “uns” den tollen Lebensstandard, die “Freiheiten”, die man uns hier einräumt usw. Ins Stutzen kommen wir da - nicht nur - angesichts der Benennung mehrerer Staaten, die eine “Achse des Bösen” bilden sollen. Da steht dann der Irak neben Nordkorea, und wir fragen uns, was der eine mit dem anderen zu tun hat. Koreanische Attentäter in New York? Angriffe des Irak auf Leib und Leben friedliebender Bewohner der zivilisierten Welt? Es

existiert offensichtlich neben der Konstruktion eines Feindbildes, unter welches beliebig subsummiert werden kann, ein Maßstab, anhand dessen bestimmte Staaten und Organisationen sich in den Augen der Konstrukteure dieses Feindbildes das Attribut "böse" verdienen. Da es in Nordkorea vermutlich weniger Moslems gibt, denn in der "zivilisierten" Welt und der Irak ähnlich kommunistisch ist, wie der Vatikan, liegt das unterscheidende, bzw. einende Kriterium im Auge des Betrachters. Nimmt man die Tatsache hinzu, dass die USA –und nicht nur sie- noch nie Probleme damit hatten, die grausamsten Diktaturen aufzubauen bzw. am Leben zu erhalten (z.B. die Taliban), so kommt man schnell zu dem Punkt, dass es letztlich nur darum geht, wie sich die besagten Staaten und Organisationen zu den Interessen der USA verhalten. Eine ehemals brauchbare Taliban-Diktatur wird genau dann "böse", wenn sie sich den Interessen der USA entgegenstellt, bzw. Leute im Land duldet, die den USA offen die Feindschaft erklärt haben und diese auch praktisch umsetzen.

Doch zurück zu den Attentätern und ihren Motiven. Die Ziele der Anschläge lagen nicht in Salt Lake City, nicht die Freiheitsstatue wurde zerstört, sondern es wurden Symbole für die US-Militärmacht (Pentagon) und die amerikanische Führungsrolle im Weltmarkt (World Trade Center) angegriffen. Die Menschen, die dabei getötet wurden, sind für Bin Laden und seine Leute ebenso "Kollateralschäden", wie es die getöteten Afghanis bei der Bekämpfung der Taliban für die USA

sind. Es handelte sich eben nicht um eine Wahnsinnstat, sondern um einen militärischen Akt, dessen Ziele genau ausgewählt wurden. Das US-Militär und die ökonomische Macht sind es, die Bin Laden und anderen Kräften in der Region bei der Erreichung ihrer Ziele im Weg stehen: Einen Staat zu schaffen, der nach Glaubensprinzipien regiert wird, in dem es Herrscher und Beherrschte gibt, wobei El Quaida und Konsorten natürlich die Chefs sein wollen. Dabei stehen die USA im Weg, die in der Region ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen. Sie werden zu Feinden nicht deshalb, da sie keine Moslems sind, sondern weil sie den "auf islamisch" artikulierten Machtinteressen entgegenstehen. Die Attentäter handelten also nicht irrational, sondern nach der selben Logik, der folgend die USA Afghanistan bombardieren. In dieser Hinsicht hat die indische Schriftstellerin Roy Arundhati recht, wenn sie Bin Laden als den "dunklen Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten" bezeichnet.

"Der Krieg gegen den Terror ist ein Akt der Selbstverteidigung (der freien Welt)."

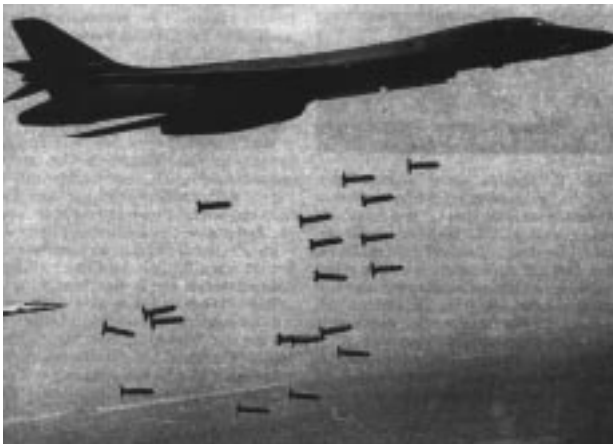
Wie dem oben angeführten bereits zu entnehmen ist, ist die sogenannte freie Welt keineswegs Opfer der Anschläge vom 11.09.2001. Opfer sind die Toten und ihre Angehörigen in den USA, wie auch die in Afghanistan, sie sind Opfer der militärischen Austragung entgegengesetzter ökonomischer und strategischer Interessen seitens der USA und ihrer Verbündeten auf der einen, der El Quaida und ihrer Verbündeten auf der anderen

Seite. Auch wenn sich in Folge der Anschläge und der Bombardierung Afghanistans auf beiden Seiten Menschen finden, die bereit sind, gegen den erklärten Feind in den Krieg zu ziehen, gilt die Sorge der jeweiligen Machthaber keineswegs der Unversehrtheit ihrer Untertanen. Nehmen wir das Beispiel der BRD: Im Zuge der Beteiligung deutscher Soldaten an der Eroberung und Besetzung Afghanistans wie auch der Schaffung neuer Gesetze zur "Inneren Sicherheit" wurde viel darüber schwadroniert, man habe die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und handele ergo wie angeführt. Doch was nützen diese Maßnahmen? Wie die letzten Wochen gezeigt haben, sind gut getarnte "Schläfer" bestenfalls bei der Ausfüh-

treten und sich somit nicht ins Fadenkreuz eventueller Gegner zu begeben. Da jedoch die Sicherheit des Staatsvolkes dem hauptsächlichsten Interesse der BRD nach weltpolitischem Einfluss entgegenstehen, äußert diese ihre Solidarität mit den USA und schickt Soldaten nach Afghanistan. Das dient mitnichten der Sicherheit der Bevölkerung der BRD, sondern verfolgt gänzlich andere Ziele: Die BRD will dabei sein, wenn es um die Besetzung von strategisch wichtigen Positionen in der Region geht, die USA sollen nicht alleine absahnen.

Bin Laden ist nicht die Ursache des aktuellen Terrorismus, sondern ein Symptom. Ihn zu finden und zu töten beseitigt nicht das Problem, dass sich imperialistische Interessen der G7 an

aller Welt nicht mit den Interessen der dort lebenden und der dort herrschenden (oder herrschen wollenden) vertragen. Die Bombardierung Afghanistans und die Jagd auf Bin Laden sind Einschüchterungsversuche, die sich an alle diejenigen richten, die versuchen könnten, sich den Interessen der USA entgegenzustellen, und so finden sich Nordko-



rea, der Irak u.a. in einem Terror-Eintopf wieder. Gestützt wird das noch, wenn man sich die neuen Machthaber in Kabul ansieht. Sie sind z.T. Anhänger eines ebenso reaktionären Islam, wie ihre Vorgänger, ebenso korrupt, z.T. sogar die gleichen Personen, nur haben sie

rea, der Irak u.a. in einem Terror-Eintopf wieder.

Gestützt wird das noch, wenn man sich die neuen Machthaber in Kabul ansieht. Sie sind z.T. Anhänger eines ebenso reaktionären Islam, wie ihre Vorgänger, ebenso korrupt, z.T. sogar die gleichen Personen, nur haben sie

sich der militärischen Gewalt des Imperialismus –vorerst- gebeugt und befinden sich somit –so die westliche Diagnose- “auf dem Weg zu Demokratie”. So entkleidet sich der “Anti-Terror-Krieg” seiner angeblich humanistischen Ideale und präsentiert sich als das, was er ist: imperialistischer Krieg zu Durchsetzung ökonomischer und strategischer Interessen.

“Nichts wird (nach dem 11.09.) sein, wie es war.”

Die Aussage ist ähnlich sinnvoll wie die, dass morgen nicht heute ist. Gemeint ist damit jedoch, dass sich durch die Anschläge und die dadurch



entstandene Bedrohung die imperialistischen Staaten, allen voran die USA, gezwungen sehen, andere Saiten aufzuziehen. Neutralität darf es nun nicht mehr geben, denn “wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen”. Mit diplomatischen Verhandlungen haben die sog. Schurkenstaaten nicht mehr zu rechnen und die uralte Diskussion Freiheit contra Sicherheit geht in eine neue Phase, in der es primär um das “Wie” der Sicherheit geht. Grundle-

gende Änderungen?

Erstens sind alle Pläne, die “gegen den Terrorismus” geschmiedet werden, nichts neues. Selbst in den bürgerlichen Medien ist problemlos nachzuhalten, dass die von Schilys Männern im Schnelldurchgang beschlossenen Terrorpakete größtenteils aus Maßnahmen bestehen, die z.T. seit langem in den Schubladen der Gesetzgeber lagen, bloß unter “normalen” Umständen so nicht mehrheitsfähig gewesen wären. Sie jetzt im Zuge der allgemeinen Bestürzung über die Anschläge und unter der Prophezeiung allgemeiner Gefahr durch weitere Anschläge durchsetzen zu können,

stellt also gewissermaßen einen Kollateralschaden dar, den die herrschende Klasse aus den Anschlägen zieht.

Ebenfalls älteren Datums sind die außenpolitischen Ziele und die ihnen entsprechenden (militärischen) Durchsetzungspläne. 1991 verkündete Bush sen. die “neue Weltordnung” als Erläuterung der Bombenangriffe auf

den Irak. Nach dem Wegfall der Sowjetunion als möglicher Verbündeter solcher Staaten, die sich den Plänen der westlichen Staaten entgegenstellten zeigten die USA und ihre Alliierten prompt, wie ab sofort mit “Schurkenstaaten” (die Bezeichnung wurde abgelöst bzw. ergänzt durch den Zusatz “terroristisch”) verfahren würde. Clinton legte 1997 die “National Security Strategy for a New Century” vor. Darin heißt es, man müsse erstens gerü-

stet sein, regionale Konflikte, Terrorismus und Drogenhandel zu bekämpfen, die deshalb schädlich seien, weil US-Wohlstand und US-Arbeitsplätze von einer weltweit stabilen Wirtschaft abhängen; zweitens müsse man die US-Armee umrüsten zu einer Streitkraft, die an vielen Punkten der Welt auf jede Herausforderung mit den nötigen Eingreiftruppen reagieren könne. Parallel zu den USA formulierte die NATO ihre eigene Doktrin neu. 1991 stellte sie ein "Neues strategisches Konzept" vor, welches die neue Hauptbedrohung in "Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie Terror- und Sabotageakten" sah. Auch die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" der Bundeswehr setzen die "vitalen nationalen Interessen" der BRD, die bezeichnenderweise aus dem "freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen" bestehen, als Eingreif-, d.h. Kriegskriterium. Die imperialistischen Staaten geben sich seitdem offiziell selbst das Mandat, dort Krieg führen zu können, wo ihre Interessen gefährdet sind oder angebildlich sein sollen(1).

Mit den Anschlägen hatte man nun

den Anlass, der das weitere –lange vorbereitete- Vorgehen nach den selbst gegebenen Gesetzen legitimierte. Dieses Vorgehen –die Bombardierung Afghanistans und die sich aus dem "wer nicht für uns ist, ist unser Feind" ergebende offene Bedrohung möglicher Widersacher- ist die Umsetzung bestehender Pläne. Am Zweck dieser Pläne hat sich hingegen nichts geändert. Die politischen Sachwalter des weltweiten Geschäfts demonstrieren machtvoll, dass Terroristen sie gewiss nicht davon abbringen können, die Welt weiterhin und erst recht auf dem eingeschlagenen und feststehenden Weg zu regieren und zu regulieren. Weiterhin produziert die ganz normale und althergebrachte Mehrung des als Kapital angehäuften Reichtums in den sogenannten Industriestaaten die "leider unvermeidlichen" Nebenwirkungen: immer größere Armut bei den Ausgebeuteten und Unterdrückten außerhalb der imperialistischen Staaten und bei dem von "unserer" Wirtschaft angewandten bzw. als Arbeitslose ausgemusterten Menschenmaterial.

Nichts wird sein, wie es war. – Damit alles so bleibt, wie es ist.

(1) Der freie Zugang zu Rohstoffen ist dabei ein mögliches Ziel von Krieg. Lag dieses Ziel beim Krieg gegen den Irak noch deutlich auf der Hand, so spielt es beim Krieg gegen Afghanistan eine eher untergeordnete Rolle. Sicherlich liegt es im Interesse der USA, sich die Möglichkeit der Durchleitung von Öl, welches in der Region um das Kaspische Meer gefördert wird, durch Afghanistan zu erstreiten, aufgrund der Existenz alternativer Pipeline-Routen (z.B. nach Ceyhan in der Südtürkei) stellt dieses jedoch nur eine Option dar. Wie der Fall Jugoslawien zeigt, bei dem es nicht um Rohstoffe ging, sondern um die Erzwingung einer ökonomischen und politischen Orientierung weg von Russland hin zum Westen, können auch weniger "greifbare" Interessen von ebenso großer Bedeutung sein.

Viel Feind, viel Ehr!?

■ Wenn sie nicht gerade beim Schipern scheitern, sich beim Reinigen ihres Handwerkszeugs gegenseitig auf's Korn nehmen oder an sowjetischen Raketen herumstümpfern, vertreten ihre Angehörigen die Interessen von bundesdeutschem Staat und Kapital. Die Rede ist von der Bundeswehr, dem bewaffneten Arm der deutschen Außenpolitik. Braunschweig als "Zonenrandgebiet" war über Jahrzehnte Standort der Bundeswehr und kam somit in den zweifelhaften Genuss öffentlicher Gelöbnisse, jener Showveranstaltungen, bei denen Soldaten dem Staat die Treue schwören. Die in der Öffentlichkeit stattfindenden Gelöbnisse waren Zeit ihrer Durchführung Ansatzpunkt antimilitaristischer Proteste. Nachdem seitens der Bundeswehr bemerkt worden war, dass die Grenze irgendwie nicht mehr da war, wo die Bundeswehr war, zog man weg und veranstaltete nun, am 28. Februar, das letzte öffentliche Gelöbnis in Braunschweig. Zwar hatte OB Hoffmann prophezeit, es sei nicht mit Protesten zu rechnen, da die Bundeswehr heutzutage ja ausschließlich Friedenseinsätze durchführe, doch so ganz traute man seinen seherischen Kräften offenbar nicht, und so rückte die eine grüne Schutztruppe für die (besagte) andere grüne Schutztruppe aus. Nach dem Motto "Aufklärung ist die Seele der Front" wurden an allen Eingängen zur Innenstadt Polizeitrupps plazierte, die Ausschau halten sollten nach potentiellen "Störern". Ein zweiter Ring wurde ininigem Abstand um den Burgplatz gezogen und schließ-

lich erwartete ein dritter Ring direkt am Burgplatz diejenigen, die sich trotz genauer Gesichtskontrolle irgendwie durchmogeln würden.

Schützenfestmusik erklang, als man auf dem Burgplatz das kriegerische Geschäft verrichtete, und sogleich hoben diejenigen, die es bis zum inneren Ring geschafft hatten, mit Protestparolen und einem Pfeifkonzert an, welches OB Hoffmann dazu veranlasste zu betonen, man würde sich nicht stören lassen. Mehrere Dutzend AntimilitaristInnen, die vor dem zweiten Ring festgehalten worden waren, stimmten mittels Trillerpfeifen in den Protest ein und produzierten einen Lärm, der bis zum Bohlweg zu hören war. Da sich mittlerweile die Show ihrem Höhepunkt näherte, entschlossen sich die grünen Uniformen, die Protestierenden weiter vom Ort des Geschehens wegzudrängen und verlagerten den inneren Ring auf die Höhe des zweiten Ringes, womit sie zugleich die vorher getrennten AntimilitaristInnen vereinten. Diese lang mehr als hundert Leute nutzten die Situation, um mit einer Spontandemonstration durch die Innenstadt zu ziehen. Zweimal setzte die Polizei daraufhin den Schlagstock ein, als bspw. versucht wurde, eine Abkürzung durch die Burgpassage zu nehmen, die Demonstration blieb aber dennoch geschlossen und zog schließlich zum Kohlmarkt, wo sie sich auflöste. Unzufrieden mit dem geringen Eindruck, den ihre Knüppelei auf die DemonstrantInnen machte, nahm die Polizei schließlich noch will-

kürlicheinen Demonstranten fest, nicht ohne ihm dabei noch drei Zähne abzubrechen.

Wir resümieren: 1. Auch das letzte Gelöbnis produzierte weithin wahrnehmbaren Protest. (Wer sagt, dass

er sich nicht gestört fühle, fühlt sich offensichtlich gestört.) 2. Gelöbnis und Polizeieinsatz hätte Hoffmann sich sparen können. 3. Die echten Strapazen stehen den Bundis noch bevor. Die Ostsee soll stürmisch sein ...



Faschisten, Farbei, Freispruch!

Rückblende

Am 18. Februar 2001 trafen sich die Anhänger der faschistischen DVU (Deutsche Volksunion) an der Braunschweiger Stadthalle, um von dort aus mit dem Bus zu einer ihrer Parteiveranstaltungen zu kutschieren. Da so ein Nazi-Ausflug nicht einfach reibungslos über die Bühne gehen darf, waren - wie auch schon die letzten Male - AntifaschistInnen vor Ort. Angesichts des Protestes zogen es die meisten Mitreisewilligen schon vor Eintreffen des Busses vor, wieder nach Hause zu gehen. Als der Bus dann endlich eintraf, kam es zu einigen Rangeleien mit dem Busfahrer und der Polizei, und irgendwann im Getümmel flog ein Farbei an die Innenseite der Windschutzscheibe. Als die Polizei den Faschisten etwas Luft verschafft hatte, überboten sich die im Bus verbliebenen DVUler gerade zu im Aufstellen von Beschuldigungen. Nach Monate langen „Ermittlungen“ pickte sich die Staatsanwaltschaft einen der

willkürlich beschuldigten AntifaschistInnen heraus und stellte ihn wegen „Farbeiwurfens“ vor Gericht.

Der Prozeß

Am 26.2. 2002 fand nun der Prozeß statt. 20-30 Leute waren gekommen, um dem Angeklagten den Rücken zu stärken. So viele Leute und die Tatsache, daß niemand auf der Anklagebank saß, schienen die Zeugen (der Busfahrer und einer der im Bus sitzenden DVUler) doch etwas zu verwirren. Als sie den Angeklagten aus dem Publikum heraus identifizieren sollten, zeigen die beiden auf zwei völlig verschiedene Personen, die sich weder untereinander, noch dem Angeklagten auch nur entfernt ähnlich sahen. Da keiner der Zeugen den Angeklagten - weder am Tag des Geschehens, noch im Gericht - wiedererkennen konnte und der Busfahrer sich während des Prozesses immer mehr in seinen Lügen verstrickte, wurde der Angeklagte freigesprochen.

Zum Anti-NATO-Protest nach München

■ Am 2. Februar fand in München die NATO-Sicherheitskonferenz statt, bei der die Kriegsstrategen dieses Militärbündnisses ihr weiteres Vorgehen im Kampf gegen all das, was sie als „internationalen Terrorismus“ bezeichnen, planten. Allerdings, nach der bundesdeutsch/bayerischen Propaganda und der im Vorfeld stattfindenden Medienhetze gegen die zu erwartenden Gegenaktionen zu urteilen, spielt sich dieser Terrorismus im eigenen Land ab, und zwar in der Anti-Kriegs- und Friedensbewegung. Und so kam es, ganz nach bayerischer Tradition, zum Verbot sämtlicher(!)

den Schikanen mobilisierten KriegsgegnerInnen europaweit zu Protestkundgebungen und Demonstrationen, und auch wir beschlossen, den Aufrufen zu folgen. Es wurden schon am Freitag massive Polizeisperren auf sämtlichen Autobahnen zur Stadt aufgebaut, und in den Augen der Beamten verdächtig wirkende Fahrzeuge rausgewunken und kontrolliert. Das war praktisch jedes zweite Fahrzeug, und gerüchtehalber soll sogar ein Kleinbus einer katholischen Jugendgruppe mit einer Nonne am Steuer am Kontrollpunkt von Bullen mit Maschinenpistole empfangen worden sein. Es ver-



wundert, dass im katholischen Bayern eine Nonne nicht von einem Autonomen unterschieden werden kann.

Auch wir wurden schon 20 Minuten vor München rausgewunken. Und wie nicht anders zu erwarten, durchkämmten die Beamten akribisch unseren Wagen. Ein Stadtplan von München, Kapuzenpullover, Tücher

angemeldeter Kundgebungen und Demonstrationen sowie zum riesigen Polizeiaufgebot von über 4000 Polizeibeamten. Außerdem wurde öffentlichen Einrichtungen mit der Streichung staatlicher Finanzausschüsse gedroht, sollten sie Unterkünfte für DemonstrantInnen zur Verfügung stellen.

und eine Ausgabe der Tageszeitung „Junge Welt“ schienen dann Grund genug zu sein, uns fast 2 Stunden auf einem Autobahnparkplatz festzuhalten und uns dann schließlich mit auf eine Wache in München zu nehmen. Dort hatten wir dann die obligatorischen Verhöre über uns ergehen zu lassen. Da wir nun aber grundsätzlich auf keine Unterhaltung mit den Bullen

Trotz aller Verbote und zu erwarten-

eingehen wollten und vom Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machten, wurden diese immer ärgerlicher. Denn probierten sie anfangs noch, „kumpelhaft und verständnisvoll“ über unsere „unangenehme Situation“ faselnd mit uns ins Gespräch zu kommen, schlug das aufgrund unseres Desinteresses zu unserer Belustigung ziemlich schnell in wütendes Gebrabbel um. Einigen wurde so offenbart, daß sie „jetzt erst recht für das gesamte Wochenende“ in Haft bleiben würden. Doch entgegen dieser Voraussage ließen sie uns doch eine Stunde später wieder gehen, ohne Stadtverbot und ähnliches... . Die Moral von der Geschichte: Mach keine Aussagen bei der Polizei, denn das nützt nicht. Im Gegenteil, so konnten wir nach dieser Schikane-unbehelligt unsere Fahrt fortsetzen. Im Zentrum der Stadt wimmelte es nur so von Polizeieinheiten, aufgrund einer vorausgegangenen Spontandemonstration von ca. 200 Menschen, wie wir später hörten. Tja, zu spät; uns blieb daher nichts anderes übrig, als uns über die gut funktionierende „Pennplatzbörse“ um Übernachtungsmöglichkeiten zu kümmern und schlafen zu gehen.

Gut ausgeruht, machten wir uns am nächsten Tag auf zum Marienplatz. Von hier aus sollte die Demonstration starten. Und wirklich: im Zuge einer dort erstaunlicherweise genehmigten Pressekonferenz von Gegenaktivisten (wir brauchten nicht lange zu staunen, denn kurz darauf wurde der Pressesprecher von der Staatsmacht abgeführt und die Veranstaltung für verboten erklärt...) sammelten sich mehre-

re tausend DemonstrantInnen. Durch laute Parolen gegen die NATO und für internationale Solidarität wurde schnell



klar: die Menge wollte die Demo trotz massiver Polizeipräsenz durchsetzen. Und sie ging trotz staatlicher Prügeldrohung los. Der Zug von ca. 4000 Menschen wurde allerdings kurze Zeit später eingekesselt; Wasserwerfer und Räumpanzer standen bereit. Und überall, vor Banken, Kaufhäusern und bestimmten Schnellrestaurants, standen bewaffnete private „Sicherheitsleute“, die sogenannten „Schwarzen Sheriffs“. Dieser Zustand dauerte ungefähr zwei Stunden an, doch nach und nach fanden sich immer mehr Menschen rund um den Kessel ein. Schließlich wagten die Leute im Kessel, unterstützt von denen außen, einen erfolgreichen Ausbruch. Die doppelte Polizeikette wurde durch die Menschenmasse einfach durchbrochen, einzelne Bullen

suchten ihr Heil in der Flucht, nachdem sie sich in dem Getümmel plötzlich ziemlich allein in der riesigen Menschenmasse wiederfanden. So kam doch noch ein kurzzeitiger, aber kraftvoller Demozug von über 8000 Menschen zustande, der nur mit Mühe von den Polizisten gestoppt werden konnte.

Der Abschluss des Tages war, daß abends das Gewerkschaftshaus, in dem eine unter anderem von den Gewerkschaften angemeldete Saalveranstaltung stattfand, von Polizei umstellt wurde. Den Anwesenden wur-

de ohne die Angabe von Gründen das Verlassen des Gebäudes verweigert. Die Stadt München hat also an ihrer Tradition bezüglich linker Veranstaltungen festgehalten; nämlich sie mit Vorliebe zu stören bzw. zu sprengen.

Aber: Trotz vorausgegangener Festnahmen (insg. über 800), zahlloser Einreiseverbote/Stadtverweise, Veranstaltungsverbots und massivstem Polizeiaufgebot: mit dem Durchsetzen der Demonstration wurde ein Zeichen gegen die Kriegspolitik der NATO gesetzt.

Wipe out WEF - Smash NATO

■ Unter dem Motto "WEF und NATO, zwei Seiten der selben Medaille - Wipe out WEF - smash NATO" demonstrierten am 1. Februar auch in Zürich um die 1500 Menschen. Wir wollten eigentlich nach München fahren, da wir dort aber an einer Vorkontrolle der Polizei wieder zurückgeschickt wurden, entschlossen wir uns zu der abendlichen Demo nach Zürich zu fahren und es am nächsten Tag wieder in München zu probie-

ren.

Obwohl das Jahrestreffen des World Economic Forums (WEF) dieses Jahr in New York stattfand (wo auch über 20000 Menschen gegen das Treffen demonstrierten) und nicht wie sonst in dem schweizerischen Luxus-Skiort



Davos, wurde in Zürich demonstriert. Die Demo zog durch eine Hauptstraße in Zürichs Innenstadt, bis ihr kurz vor dem Bahnhof von der Polizei der Weg versperrt wurde. An dieser Polizeikette, entschloß sie sich, umzudrehen und lief den Weg zum Auftaktort zurück. Dabei wurden unter anderem Banken, das Rathaus, ein Gebäude der Neuen Züricher Zeitung (NZZ) und einige Luxusautos entglast oder eingefärbt. Außerdem wurden den ganzen Weg über Parolen am Rand der Demo gesprüht. Kurz nachdem die Demo die Hauptstraße verließ und eine Rolls-Royce Filiale zu Bruch ging, griff die Polizei die Demo von hinten mit einem Wasserwerfer an. Das of-

fensichtliche Ziel, die Demo aufzulösen, mißlang aber. Aus der einen Demonstration entstanden zwei große Gruppen, die weiter durch die Strassen zogen. Selbst als diese Gruppen dann doch von der Polizei zersprengt wurden, sammelten sich erneut mehrere Hundert Menschen, um wieder durch Zürichs Innenstadt zu ziehen. Bis zum späten Abend kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei sie Wasserwerfer, Tränengas und auch Gummigeschosse einsetzte. Insgesamt wurden an diesem Abend 54 Menschen verhaftet und sicherlich mehrere durch die Polizei verletzt.

Abschiebung abschaffen – Abschiebeknäste schließen!

■ 08.12.2000: Aus Angst vor der Abschiebung nach Sri Lanka erhängt

sich der tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam in der Langenhagener Abschiebehaft.

Genau ein Jahr nach seinem Tod, am 08.12.2001, demonstrierten in Hannover rund 500 Menschen gegen den Abschiebeknäst in Hannover/Langenhagen, die rassistischen

Ausländergesetze und für offene Grenzen.



Abschiebung – ein lukratives Geschäft

Die im Mai 2000 zu einem Abschiebeknast umgebaute Kaserne in Hannover/Langenhagen liegt in unmittelbarer Nähe zu dem Langenhagener Flughafen. Die Verknüpfung von Flughafen und Abschiebehafte stellt einen Knotenpunkt der bundesdeutschen Abschiebemaschinerie dar. Flüchtlinge werden in Abschiebeknasten eingesperrt und dann vom Flughafen abgeschoben. Bei den Abschiebungen per Flugzeug ist es vor allem die Lufthansa, die ihre Maschinen zur Verfügung stellt und an dem Geschäft mit der Abschiebung verdient. Auch der Tod Amir Ageebs, der 1999 an Bord einer Lufthansa-Maschine von den begleitenden BGS-Beamten erstickt wurde oder die Ermordung Kola Bankoles, der ebenfalls an Bord einer Lufthansa-Linienmaschine nach der Zwangsvergabe einer Beruhigungsspritze starb, veranlasste die Lufthansa nicht dazu, das Geschäft einzustellen.

Die Demo und der Knast

Die Demonstration begann am Flughafen, wo mehrere Redebeiträge verlesen wurden und zog dann los in Richtung Abschiebeknast. Sie ging durch eine verlassene Gegend Hannover/Langenhagens. Hin und wieder eine Weide mit Kühen am Rand der Demo und der Lärm einer vom Flughafen startenden Maschine. Und mit jeder Maschine die Frage im Hinterkopf,

ob auch in ihr gerade wieder jemand abgeschoben wird. Nach ungefähr einer Stunde erreichten wir die circa 5 Meter hohen Zäune des Abschiebeknastes, der sich in nichts von einem



gewöhnlichen Knast unterscheidet. Einziger Unterschied zwischen Abschiebehafte und dem gewöhnlichen Strafvollzug ist der, dass man den Strafvollzug nach abgessener Zeit wieder verläßt, die Abschiebehafte aber erst mit der Abschiebung. Ansonsten ist alles gleich, alle paar Meter Überwachungskameras und wo man hinsieht, Zaun mit Stacheldraht. Als sich die Demo vor dieser Kulisse aufbaute, wurde in Erinnerung an Arumugasamy Subramaniam eine Gedenktafel an dem Zaun befestigt, Grußbotschaften in verschiedenen Sprachen sowie weitere Redebeiträge verlesen. Anschließend wurde ordentlich Krach gemacht, in der Hoffnung, dass die Flüchtlinge drinnen merken, dass sie nicht allein sind. Wir erfuhren dann allerdings, dass sie für den Tag der Demonstration extra in ein Gebäude auf der Rückseite des Knastes verlegt worden waren, damit sie auch ja nichts

von dem Geschehen draußen mitbekommen. Als das bekannt wurde, nutzten einige AntirassistInnen die Unaufmerksamkeit der Polizei und liefen auf die Rückseite des Abschiebegefängnisses, von wo aus dann sogar Gespräche mit den inhaftierten Flüchtlingen möglich waren. Sie berichteten das, was man ansonsten nur in Flugblättern zu lesen bekommt: Selbstmordversuche (der letzte lag drei Tage zurück), Schikanen durch die Aufseher und Unterstellung falscher Identitäten (um sie abschieben zu können).

Nach einer knappen Stunde wurden alle Menschen, die sich auf der Rückseite des Knastes versammelt hatten, von der Polizei abgedrängt. Unter der gemeinsamen Parole: "No justice, no peace – fight the police", gerufen von den Flüchtlingen drinnen im Knast und den UnterstützerInnen draußen, wurden sie dann bis zu der sich wieder formierenden Demonstration zurückgeschoben. Die Demo ging dann zurück zum Flughafen, wo sie mit einem letzten Redebeitrag beendet wurde.

Oliver Tolmein

„RAF - Das war für uns die Befreiung“

Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke



Irmgard Möller, die 1994 nach fast 23 Jahren aus der Haft entlassen wurde, war schon in der Aufbauphase der RAF dabei. Sie ist die einzige Überlebende der bis heute nicht offiziell aufgeklärten Stammheimer Todesnacht von 1977; und sie hat im Namen der Gefangenen aus der RAF 1992 den Schritt der RAF begrüßt, bis auf weiteres keine Attentate mehr durchzuführen. In diesem Buch erzählt sie, warum sie Teil der RAF war, sie setzt sich mit der Entwicklung des bewaffneten Kampfes auseinander und berichtet über ihre

Isolationshaft, die Hungerstreiks und ihre Erfahrungen nach der Entlassung aus der Haft. Es geht hierbei nicht um eine unkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der RAF. Durch dieses Buch wird den einseitigen Berichten darüber, wie es gewesen sein soll, eine persönliche Geschichte entgegengesetzt. Der Leser/die Leserin wird schnell in den Stoff mit einbezogen und kann sich so sein/ihr eigenes Urteil bilden.

Ergänzt wird das Gespräch durch eine Reihe von schwer zugänglichen Texten der RAF und weitere Dokumente, die unter anderem einen Einblick in die linksradikale Diskussion der siebziger Jahre ermöglichen.

Erschienen im Konkret Literatur Verlag, ISBN 3-89458-149-2, 270 Seiten, Preis: ca. 16,50 Euro

Termine:

30. März 2002

Aktionen gegen den geplanten Naziaufmarsch in Lübeck

Achtet auf weitere Ankündigungen

Jeden Montag ab 19 Uhr

Aktiv werden gegen Nazis und staatlichen Rassismus!

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!

im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig

Jeden Freitag ab 20 Uhr

Antifaschistisches Café

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher ...

Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig

<http://www.puk.de/antifacafe>